



## Beschluss

vom 26. Oktober 2004

Nr. 5209

### Postulat

#### **Postulat Roland Gehrig: "Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen"; Frage der Erheblicherklärung**

Der Stadtpräsident berichtet:

Roland Gehrig und 42 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderats reichten am 21. September 2004 ein Postulat betr. „Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen“ (vgl. Beilage) ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Die Zusammenarbeit von Gemeinden ist keine Erfindung der seit 2003 geltenden neuen Kantonsverfassung. Die Stadt St.Gallen arbeitet auf verschiedenen Gebieten traditionell und teilweise seit Jahrzehnten mit Gemeinden der Region zusammen. Intensiv ist die Zusammenarbeit im Bereich der Schule, wo auswärtige Schülerinnen und Schüler schulische Einrichtungen der Stadt besuchen, beispielsweise die Oberstufe oder das freiwillige 10. Schuljahr, und früher – zur Zeit der städtischen Trägerschaft – auch die Mittelschule Talhof und die Gewerbliche Berufsschule. Gut funktionierende Kooperationen bestehen seit Jahren auch auf dem Gebiet der Versorgung und der Entsorgung. Beispiele sind die Lieferung von Gas oder Wasser in Gemeinden der Region oder die vertraglich geregelte Übernahme bzw. Verbrennung der Abfälle aus der Abfallregion St.Gallen-Rorschach-Appenzell in der KVA St.Gallen. Im Informatikbereich ist es die Verwaltungsrechenzentrum St.Gallen AG, welche die meisten st.gallischen Gemeinden mit Informatikleistungen bedient.

Die Zusammenarbeit besteht in der Bereitstellung von Leistungen städtischer Einrichtungen auch für auswärtige Besucherinnen und Besucher (Theater, Hallenbad), in vertraglichen Lösungen wie beim Schulbesuch oder der Abfallverbrennung oder innerhalb privatrechtlicher Institutionen wie in der Verwaltungsrechenzentrum St.Gallen AG, der Stiftung Suchthilfe oder der regionalen Wasserversorgung RWSG. Die Stadt ist hingegen in keinem Zweckverband. Für die Regionsgemeinden liegt der Vorteil der übergemeindlichen Zusammenarbeit



darin, dass sie keine eigenen Strukturen errichten müssen; die Stadt ihrerseits erreicht eine bessere Auslastung ihrer Einrichtungen und eine bessere Verteilung der Fixkosten. Ein Nachteil der vertraglich geregelten Zusammenarbeit oder der Zusammenarbeit innerhalb privatrechtlich konstituierter Institutionen ist vorab die weniger weit gehende demokratische Mitwirkungsmöglichkeit. So hat das städtische Parlament bspw. innerhalb des Tarifverbunds in Tariffragen der Verkehrsbetriebe kein Mitspracherecht mehr und kann lediglich eine Abordnung in den Verwaltungsrat der Verwaltungsrechnungszentrum St.Gallen AG bestimmen.

Vor allem im Bereich der Pflichtaufgaben hat sich die Zusammenarbeit gut bewährt. Allerdings fehlen eine einheitliche Regelung und ein einheitlicher Perimeter. D.h. je nach der gewählten Aufgabe sind die Zusammenarbeitsformen und die Gebietseinheiten, in welchen die Aufgaben erfüllt werden, unterschiedlich. Im Bereich des Wahlbedarfs (z.B. Kultur, Sport) bestehen keine strukturierten Zusammenarbeitsformen. Auswärtige können Leistungen städtischer Institutionen in Anspruch nehmen. Der Preis deckt die vollen Kosten aber nicht. Eine horizontale Abgeltung dieser von der Stadt erbrachten zentralörtlichen Leistungen wird erst mit der Inkraftsetzung der NFA bzw. der kantonalen Anschlussgesetzgebung realisiert werden können. Wenn der Kreis der Finanzierer und der Bezüger von Leistungen deckungsgleich sein wird, stellt sich aber auch die Frage nach der Mitbestimmung der Regionsgemeinden.

Die gemeinsame Ermittlung der Interessen und Bedürfnisse der Gemeinden, die Bildung allfälliger neuer Zusammenarbeitsgefässe und die Bestimmung des geeigneten Perimeters für die Aufgabenerfüllung sowie schliesslich die Positionierung gegenüber anderen Regionen sind Themen einer sich entwickelnden Agglomerationspolitik. Bund, Kantone, Städte- und Gemeindeverband sind im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz mit der Diskussion von Zusammenarbeitsmodellen in den Agglomerationen befasst. Eine im Auftrag dieses Gremiums erstellte Arbeit, welche anfangs 2005 publiziert und an einer nationalen Tagung des Schweizerischen Städteverbandes präsentiert wird, zeigt Integrationsschritte auf von der Optimierung bestehender Zusammenarbeit bis zu mittelfristig verbindlichen Strukturen und zur Option Gemeindefusionen. Im Zentrum der Überlegungen steht ein „Strukturmodell“ mit einem Agglomerationsrat, welcher aus den Präsidien der im Perimeter liegenden Gemeinde besteht und der in verschiedenen Politikbereichen über Fragen entscheidet, die für die Agglomeration von strategischer Bedeutung sind.

Voraussetzung für erfolgreiche Kooperationen ist, dass diese sorgfältig geplant, die Zielsetzungen einvernehmlich definiert werden und dass auch die Bevölkerung angemessen in den Prozess einbezogen ist. Unabdingbar ist auch, dass die Überzeugung geschaffen wird, dass die Stadt von den Agglomerationsgemeinden, aber auch die Agglomeration von einer starken Zentrumsstadt profitiert. Für die Entwicklung und Ausgestaltung einer Agglomerations-



politik muss der Kanton die Federführung übernehmen, wie dies in verschiedenen anderen Kantonen auch der Fall ist. Die Stadt muss darin aber eine initiative und engagierte Rolle spielen. Die Regierung des Kantons St.Gallen hat denn auch bereits im Juni 2002 ein entsprechendes Projekt initiiert, welches in der Zwischenzeit aber wegen mangelnder personeller Ressourcen Verzögerungen erfahren hat. Der Stadtpräsident ist Mitglied des Steuerungsausschusses. Der Stadtrat ist auch in Zukunft bereit, sich im Rahmen des kantonalen Projekts in der Agglomerationsthematik zu engagieren. Er beantragt Ihnen, das Postulat **erheblich** zu erklären.

### **Anträge**

Auf Antrag des Stadtpräsidenten und der Bauverwaltung beschliesst der Stadtrat:

Der Stadtpräsident wird beauftragt, im Grossen Gemeinderat zur Frage der Erheblicherklärung in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Beilage:  
Postulat

Protokollauszug:  
Bauverwaltung (3)  
Finanzverwaltung (3)  
Stadtkanzlei (1)  
Verwaltung des Innern (2)

